

# PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.  
26. August 2010



**Thema:** Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im AKW Lingen  
**Region:** Niedersachsen  
**Hintergrund:** Atompolitik, Diskussion über längere AKW-Laufzeiten

## **Merkel darf vor Atomlobbyisten nicht in die Knie gehen. Ignoranz gegenüber der ungelösten Atommüllfrage ist verantwortungslose Energiepolitik**

Berlin/Lingen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat Bundeskanzlerin Angela Merkel davor gewarnt, bei ihrem heutigen Treffen mit den Chefs der Energieunternehmen RWE und Eon im niedersächsischen Atomkraftwerk Lingen den durchsichtigen Argumenten der Atomlobbyisten zu folgen. Sollte die Bundesregierung den von RWE und Eon geforderten längeren Laufzeiten für ihre Atommeiler zustimmen, sehe eine Mehrheit der Deutschen dies als „klaren Kniefall vor den Profitinteressen der Energiekonzerne“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. In der Folge werde der jetzt schon breite Protest in der atomkritischen Bevölkerung noch zunehmen.

Die verantwortungslose Energiepolitik der Atomkraftwerksbetreiber, die in ihren großformatigen Zeitungsanzeigen vom vergangenen Wochenende erneut die enormen Probleme bei der Entsorgung des Atommülls und die Risiken des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken vollständig ausgeblendet hätten, müsse gestoppt werden. Wer die Risiken der Atomenergie verschweige oder verharmlose, ignoriere das Recht kommender Generationen auf eine unversehrte Umwelt. Das rein profitorientierte Interesse der Stromkonzerne an verlängerten AKW-Laufzeiten dürfe nicht Grundlage der deutschen Energiepolitik sein. Ein einziges Jahr verlängerter Laufzeit für die deutschen Atommeiler vergrößere den zu entsorgenden Atommüllberg um weitere 400 Tonnen.

„Es wäre ein in der deutschen Geschichte beispielloser Vorgang, wenn es den Energiebossen gelänge, den von ihnen selbst unterschriebenen Atomausstiegsvertrag zu kippen. Das Primat der Politik wäre erledigt, der Schwanz Atomindustrie würde mit dem Hund Bundesregierung wedeln“, sagte Weiger.

Die Branche der erneuerbaren Energien könne ihr Ziel, 2020 die Hälfte des Stroms in Deutschland zu liefern, nur dann erreichen, wenn die Atomenergie und die Kohleverstromung zu Auslaufmodellen würden. Diese Tatsache sowie die Skandale um die Atommülllager Asse und Gorleben müssten Kanzlerin Merkel dazu bewegen, Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke abzulehnen und stattdessen kürzere Laufzeiten durchzusetzen. Der BUND will in Kürze zusammen mit anderen Organisationen weitere Anti-Atom-Demonstrationen durchführen. Bereits am 18. September ist in Berlin die Umzingelung des Regierungsviertels geplant.

Pressekontakt Bundesverband  
Rüdiger Rosenthal  
Pressesprecher BUND Bundesverband  
Tel. 030-27586-425/-489  
E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net)  
Internet: [www.bund.net](http://www.bund.net)

Pressekontakt Landesverband Niedersachsen  
Carla Juhre  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit BUND Niedersachsen  
Tel: 0511-965 69-39 oder -0  
E-Mail: [carla.juhre@nds.bund.net](mailto:carla.juhre@nds.bund.net)  
Internet: [www.bund-niedersachsen.de](http://www.bund-niedersachsen.de)

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) ist bundesweit mit rund 470.000 Mitgliedern, Spendern und Förderern einer der großen Umweltverbände Deutschlands. In Niedersachsen zählt der Verein rund 33.000 Mitglieder und Förderer. Der Verein ist vom Staat als Umwelt-/Naturschutzverband anerkannt. Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Vision: ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt.